

**Kleine Anfrage**

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Hessen schwitzen“ - Förderung des kommunalen Hitzeschutzes**Vorbemerkung**

Die extremen Hitzeperioden des Sommers 2026 verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf für einen wirksamen Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in Hessen. Während der Hitzestress insbesondere in den Städten und Gemeinden wächst, verzögert sich die politische Rahmensetzung. Nach dem Hessischem Klimagesetz und dem Bundes-Klimaanpassungsgesetz ist das Land verpflichtet, eine Klimaanpassungsstrategie vorzulegen, ein finales Konzept fehlt jedoch bis heute. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde vereinbart, die Kommunen zu unterstützen und die Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe zu prüfen. Diesen Prüfauftrag hat der Bundesumweltminister nun konkretisiert und eine Grundgesetzänderung zur Aufnahme der Klimaanpassung in Artikel 91a des Grundgesetzes (GG) vorgeschlagen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der heißen Tage ($> 30^{\circ}\text{C}$) in Hessen seit dem Jahr 1990 entwickelt (bitte nach Jahren und Regionen aufschlüsseln)?
2. Welche hessischen Kommunen haben nach Kenntnis der Landesregierung bereits einen eigenen Hitze-Aktionsplan aufgestellt bzw. befinden sich in der Erarbeitung?
3. Mit welchen spezifischen Förderprogrammen unterstützt die Landesregierung die hessischen Kommunen aktuell bei der Entsiegelung von Flächen, der Schaffung von Versickerungsräumen und der Aufwertung des Stadt- und Dorfgrüns?
4. Welche konkreten Übergangsmaßnahmen ergreift die Landesregierung, um die hessischen Städte und Gemeinden vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, solange die landeseigene Klimaanpassungsstrategie noch nicht verabschiedet ist?
5. Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand der landeseigenen Klimaanpassungsstrategie, die laut Bundes-Klimaanpassungsgesetz spätestens bis zum 31.01.2027 vorliegen muss? (Bitte auch den geplanten Zeitpunkt der Veröffentlichung benennen.)
6. Wie bewertet die Landesregierung den aktuellen Umsetzungsstand der Vorgaben des Bundes-Klimaanpassungsgesetzes in Hessen?
7. Wie positioniert sich die hessische Landesregierung zu dem Vorschlag des Bundesumweltministers, die Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe in Artikel 91a des Grundgesetzes zu verankern?
8. Welche Mittel aus dem „Sonderrahmenplan Naturschutz und Klimaanpassung“ sind bisher nach Hessen geflossen? (Bitte alle Einzelmaßnahmen nach Kommunen, Projektlaufzeit und Fördervolumen aufschlüsseln.)
9. Wie hoch beziffert die Landesregierung den jährlichen Finanzbedarf für den Klimaschutz und die Klimaanpassung in den hessischen Kommunen in den nächsten fünf Jahren?
10. Wie soll dieser Finanzierungsbedarf gedeckt werden, falls eine Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe im Bund ausbleibt?

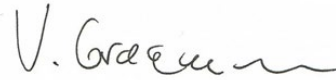
Wiesbaden, 07.07.2026



Martina Feldmayer



Hans-Jürgen Müller



Vanessa Gronemann